

Frankreich will 10.000 Flüchtlinge legal umsiedeln – EU will 50.000 Menschen nach Europa umsiedeln

[Veröffentlicht am 10.10.2017 von EpochTimes](#)

Frankreich will 10 000 Flüchtlingen eine legale Weiterreise aus bestimmten Ländern außerhalb Europas nach Frankreich ermöglichen. Das soll innerhalb der nächsten zwei Jahre umgesetzt werden.

Die Pariser Regierung will innerhalb von zwei Jahren 10.000 Flüchtlingen eine legale Weiterreise aus bestimmten Ländern außerhalb Europas nach Frankreich ermöglichen.

- Das kündigte *Präsident Emmanuel Macron* am Montag laut Élyséepalast nach einem Treffen mit dem UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, *Filippo Grandi*, in Paris an. Frankreich werde in Zusammenarbeit mit dem



Flüchtlinge in Afrika.

Foto: MAHMUD TURKIA/AFP/Getty Images

UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR 10.000 Plätze für eine Umsiedlung von Flüchtlingen anbieten, die sich in der Türkei, dem Libanon, Jordanien, Niger oder Tschad aufhalten. Innenminister *Gérard Collomb* teilte mit, sie sollten bis Oktober 2019 aufgenommen werden.

Die EU-Kommission hatte Ende September das Ziel vorgeschlagen, in den kommenden zwei Jahren mindestens 50.000 Flüchtlingen über das sogenannte Resettlement aus Drittstaaten nach Europa zu holen. Dies soll nach Darstellung der Brüsseler Behörde auch dazu beitragen, illegale Migration einzudämmen. Unter einem Vorläufer-Mechanismus hatten EU-Staaten seit Juli 2015 rund 23.000 Menschen aufgenommen.

3000 Plätze in Frankreich sollen laut *Collomb* für Schutzbedürftige zur Verfügung stehen, die sich in den zentralafrikanischen Transitländern Tschad und Niger aufhalten. Schon in den kommenden Wochen soll es laut *Macron* eine erste gemeinsame Mission des französischen Flüchtlingsamts Ofpra und des UNHCR in den Ländern geben. Frankreich will dort Menschen identifizieren, die dann Asyl bekommen können.

Damit setzt das Land die Absichtserklärung eines Migrationsgipfels in Paris um. Dabei hatten Frankreich und andere EU-Staaten sich Ende August offen gezeigt, manchen Flüchtlingen aus Afrika einen legalen Weg nach Europa zu öffnen – im Gegenzug sollen illegale Migrationsströme über das Mittelmeer gestoppt werden. (dpa)